A1NEU GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS - Benennen, Erforschen, Bekämpfen

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

Antisemitismus ist auch im Jahr 2018 ein Thema mit schockierender Aktualität. Kippa tragende Personen werden in deutschen Städten auf offener Straße angegriffen. Ein Zustand, der niemals wieder als Normalität akzeptiert werden darf und dem gerade deshalb immer wieder mit Empörung und Widerstand begegnet werden muss. Allerdings beginnt Antisemitismus nicht erst dann, wenn vermeintlich als Jüd*innen identifizierte Personen auf offener Straße körperlich angegriffen, Synagogen attackiert oder jüdische Friedhöfe geschändet werden. Antisemitismus beginnt bereits bei verbalen Entgleisungen am Stammtisch, unter Freund*innen oder in der Schule. Im Folgenden soll daher zunächst versucht werden eine Begriffsklärung in Form einer Arbeitsdefinition von "Antisemitismus" zu geben, auf welche sich dieser Antrag auch im Weiteren beziehen wird:

Arbeitsdefinition "Antisemitismus":
"Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüd*innen, die sich als Hass gegenüber Jüd*innen ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Jüd*innen betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge. (...) Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Jüd*innen Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen." (IHRA "Arbeitsdefinition Antisemitismus"[1])

Antisemitismus an Schulen
Antisemitismus ist an deutschen Schulen nicht erst seit den jüngsten Berliner Vorfällen ein gravierendes Problem. Bekannt ist es auch den Verantwortlichen - Schulleiter*innen, Schulämtern etc. - schon lange. Warum wird dann so lange trotzdem nichts unternommen? Oft besteht die Antwort auf diese Frage darin zu sagen, Schulen würden deshalb häufig so lange wegschauen, weil sie nicht stigmatisiert werden wollten.[2] Allerdings ist wegschauen und die Verantwortung von sich weisen kein Weg, Antisemitismus zu bekämpfen. Campusgrün fordert daher, dass Antisemitismus auch an Schulen endlich konsequent bekämpft wird . Dies ist nur durch einen deutlichen Ausbau von sensibilisierenden Aus- und Fortbildungen und mehr Zeit im Klassenzimmer und an Lernorten außerhalb der Schule möglich. Hierfür braucht es endlich vernünftige Betreuungsschlüssel, was bedeutet, dass deutlich mehr Geld in Schulen investiert werden muss.

Grundlegende Verbesserungen in der Lehramtsausbildung
Um Antisemitismus an Schulen wirklich bekämpfen zu können, muss allerdings auch die Lehramtsausbildung in diesem Bereich verbessert werden: "Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so

sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen."[3] Die bereits 1971 von Theodor W. Adorno formulierte Forderung tatsächlich umzusetzen, bedeutet auch, die Lehramtsausbildung grundlegend zu verbessern. Campusgrün fordert daher, dass die Geschichte des Nationalsozialismus und der Shoah ein wichtiger Bestandteil jeder Lehramtsausbildung sein sollte.

Forschung und Lehre: weiterhin gravierende Lücken
Leider bleiben diese Themen nicht nur in der Lehramtsausbildung (nahezu) vollkommen unbehandelt. Die Erforschung von Antisemitismus und eine Auseinandersetzung mit der Shoah haben in den meisten regulären Lehrveranstaltungen kaum einen Raum. Insbesondere eine Behandlung der Realgeschichte findet (fast) nie statt. Auch wenn die Förderungen von Forschungsvorhaben in diesen Bereichen in der jüngsten Vergangenheit bereits verbessert wurde, ist insbesondere die Situation von Forscher*innen nach der Promotion in diesem Bereich weiterhin äußerst prekär. [10] Campusgrün schließt sich daher der Forderung an, die Forschung in diesen Bereichen zu sichern, indem eine bessere Perspektive für Wissenschaftler*innen geschaffen wird. Darüber hinaus fehlt eine dauerhafte Beschäftigung mit Antisemitismus, welche diesen nicht nur als ein Ressentiment oder Relikt der Vergangenheit versteht, sondern diesen als ein Moment gegenwärtiger Vergesellschaftung erkennt. CampusGrün fordert daher die Einrichtung von diesem Thema gewidmeten Lehrstühlen.[4]

Israel - “Why do Jews need a land of their own?”[5]
Der moderne Antisemitismus richtet sich nicht selten insbesondere gegen den Staat Israel. Immer wieder wird von verschiedenen Seiten versucht, die Existenz des Staates Israel zu delegitimieren. Angefangen dabei, dass die Staatsgründung bereits “unrechtmäßig” gewesen sei, gefolgt von der Darstellung, Israel sei der autoritäre und rassistische Staat schlechthin, bis hin zu Behauptungen, welche Israel als einen “Apartheidstaat” verunglimpfen. Dabei ist gerade Israel die einzige noch funktionierende Demokratie im Nahen Osten. Völlig außer Acht gelassen wird von solchen selbsternannten “Kritiker*innen” ebenfalls, dass Israel der einzige Staat ist, dessen Existenz offen von Vernichtungsdrohungen real gefährdet ist.[6] Darüber hinaus wird auch die historische Situation und Prekarität der Lebensbedingungen von Jüd*innen nicht berücksichtigt. Jüd*innen werden seit Jahrhunderten weltweit verfolgt und als “Sündenbock” für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht. Die millionenfache, industrielle Ermordung der Jüd*innen durch die Nazis in Europa und das lange Wegschauen der übrigen Staaten der sogenannten Weltgemeinschaft haben gezeigt, dass das Leben der Jüd*innen in keinem der existierenden Staaten gesichert ist. Umso verheerender ist es, dass Jüd*innen heute gerade dort am stärksten bedroht werden, wo sie sich am sichersten wähnten – in Israel. Wir als Bundesverband Campusgrün verurteilen daher insbesondere auch den auf Israel bezogenen Antisemitismus in jeglicher Form. Campusgrün versteht sich als solidarisch mit Israel, was bedeutet, das dessen Recht auf Existenz und Selbstverteidigung außer Frage steht.

Doppelstandards im Umgang mit Israel
Wenn es um Israel geht, sind auch Doppelstandards oft auf der Tagesordnung. In vielen politischen, gesellschaftlichen und insbesondere medialen Kontexten wird der Staat Israel häufig anders beurteilt oder behandelt als andere Staaten. Wenn es um sozio-ökonomische Ungleichheit geht, wird Israel sogar als "Apartheidstaat" bezeichnet. Das Problem ist dabei nicht die Kritik, an

einzelnen Amts-/Staatshandlungen, sondern die generalisierende Perspektive und die Beschränkung dieser Kritik auf den Staat Israel. Häufig wird auch die ökonomische bzw. soziale Ungleichheit von Personengruppen in Israel kritisiert (das Einkommen der israelischen Bevölkerung ist gleichmäßiger verteilt als das in Großbritannien, China und den USA[7]), ohne beispielsweise jemals die Situation von pakistanischen Gastarbeiter*innen in Dubai oder die von 190 Millionen Kinder, welche weltweit in Staaten wie dem Sudan unter schlimmsten Bedingungen arbeiten müssen[8], öffentlich zu problematisieren.
Auch in der medialen wie auch in der institutionellen Landschaft des öffentlichen Lebens, erfährt Israel “Sonderbehandlungen”, die man nur als Doppelstandards begreifen kann. Während in der UN im Jahr 20 Resolutionen verabschiedet werden, die “Menschenrechtsverletzungen” in Israel rügen, wurde nur eine Resolution verabschiedet, welche Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea rügt. Die WHO schafft es sogar Israel, als einzig namentlich genannten Land, in Berichten die Verletzung von Gesundheitsrechten vorzuwerfen. Israel ist darüber hinaus der einzige Staat in der UN, dem von anderen Mitgliedstaaten das Existenzrecht abgesprochen wird[9].

Keine Zusammenarbeit mit BDS - sogenannten Antizionismus entlarven!
Der ideologisch motivierte und auf die Delegitimierung Israels ausgerichtete Geschichtsrevisionismus und die Zusammenhangsverkürzungen der BDS-Bewegung sind als solche klar zu benennen und zu verurteilen. Jegliche Zusammenarbeit mit BDS ist daher abzulehnen. Grüne Hochschulgruppen unterstützen BDS nicht; weder in Form von Mitgliedschaften, noch dadurch, BDS-Funktionär*innen eine Bühne an Hochschulen zu bieten.Grüne Hochschulgruppen und ihre Mitglieder verweigern sich der politischen Zusammenarbeit mit Funktionär*innen und Aktivist*innen des BDS. Grüne Hochschulgruppen wirken auf die Verhinderung oder zumindest die kritische Begleitung BDS propagierender Veranstaltungen an Hochschulen hin. Dies gilt auch für BDS ideologisch nahestehende Veranstaltungen wie die "Israeli Apartheid Week" und Organisationen, die unter einem anderen Namen als "BDS" dieselben Ziele verfolgen, wie z.B. PACBI (Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel).

Unsere Forderungen:
Im Folgenden werden die im Antrag erhaltenen Forderungen noch einmal zusammengefasst.

- Campusgrün fordert, dass Antisemitismus auch an Schulen endlich konsequent bekämpft wird. Dies ist nur durch einen Ausbau von sensibilisierenden Aus- und Fortbildungen und mehr Zeit im Klassenzimmer und an Lernorten außerhalb der Schule möglich. Hierfür braucht es endlich vernünftige Betreuungsschlüssel, was bedeutet, dass deutlich mehr Geld in Schulen investiert werden muss.

- Campusgrün fordert, dass die Geschichte des Nationalsozialismus und der Shoah ein wichtiger Bestandteil jeder Lehramtsausbildung sein sollte.

- Campusgrün fordert die Einrichtung von Lehrstühlen, die der Erforschung von Antisemitismus als Moment gegenwärtiger Vergesellschaftung gewidmet sind.

- Campusgrün schließt sich der Forderung an, die Forschung in den Bereichen Erforschung von Antisemitismus und Geschichte des Nationalsozialismus und

der Shoah zu sichern, u.a. indem eine bessere Perspektive für Wissenschaftler*innen geschaffen wird.

- Grüne Hochschulgruppen unterstützen BDS nicht; weder in Form von Mitgliedschaften, noch dadurch, BDS-Funktionär*innen eine Bühne an Hochschulen zu bieten. Grüne Hochschulgruppen und ihre Mitglieder verweigern sich der politischen Zusammenarbeit mit Funktionär*innen und Aktivist*innen des BDS. Grüne Hochschulgruppen wirken auf die Verhinderung oder zumindest die kritische Begleitung BDS propagierender Veranstaltungen an Hochschulen hin.

- Wir als Bundesverband Campusgrün verurteilen daher insbesondere auch den auf Israel bezogenen Antisemitismus in jeglicher Form. Campusgrün versteht sich als solidarisch mit Israel, was somit auch bedeutet, das dessen Recht auf Existenz und Selbstverteidigung außer Frage steht.

_____

[1] IHRA "Arbeitsdefinition Antisemitismus", ausführliche Definition unter: https://european-forum-on-antisemitism.org/definition-of-antisemitism/deutsch-german

[2] http://www.fr.de/politik/meinung/kolumnen/antisemitismus-politischer-kindergarten-a-1482193

[3] Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1. Auflage 1971

[4] Mehr dazu: https://www.tagesspiegel.de/.../hochschulen-gra.../20954222.html

[5] https://web.archive.org/web/20081231221421/http://www.sholom-aleichem.org/why_jews_need2.htm

[6] Mehr dazu: https://ajcberlin.org/sites/default/files/downloads/ajcisraelundderarabischisrae-lischekonflikt.pdf

[7] http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?wai=true&dataset=ilc_di12

[8] https://www.planet-wissen.de/geschichte/menschenrechte/sklaverei/pwiemodernesklaverei100.html

[9] https://ajcberlin.org/de/media/meinungen/schaendlich-10-faelle-denen-israel-anders-behandelt-wird

[10] Dies ist nur in der Antisemitismusforschung der Fall, sondern auch in anderen Geistes- und Sozialwissenschaften, welche sich der kritischen Forschung verschrieben haben.

Begründung

Begründung ist im Antrag enthalten und erfolgt noch einmal mündlich.